



## **Die stille Macht im Staat: Wie die Revolutionsgarden Iran prägen**

Im politischen System der Islamischen Republik Iran verschieben sich die Machtzentren seit Jahren zugunsten der Islamischen Revolutionsgarden, der sogenannten IRGC. Was einst als ideologische Schutztruppe der Revolution von 1979 gegründet wurde, hat sich zu einem Machtkomplex entwickelt, der weit über militärische Aufgaben hinausreicht. Heute kontrollieren die Revolutionsgarden zentrale Hebel der Politik, der Wirtschaft und der Sicherheitspolitik – und prägen damit maßgeblich die strategische Ausrichtung des Landes.

Die IRGC entstand unmittelbar nach dem Sturz des Schahs, um die junge Islamische Republik gegen innere und äußere Feinde zu verteidigen. Anders als die reguläre Armee versteht sich die Organisation nicht nur als militärische Kraft, sondern als ideologischer Wächter des Systems. Diese Sonderstellung ermöglichte es den Garden, ihren Einfluss Schritt für Schritt auszubauen. Besonders seit dem Iran-Irak-Krieg der 1980er Jahre entwickelte sich innerhalb der Organisation ein enges Netzwerk ehemaliger Kommandeure, die später Schlüsselpositionen in Ministerien, Staatsunternehmen und Sicherheitsapparaten übernahmen.

Heute reicht die Macht der Revolutionsgarden tief in die iranische Wirtschaft hinein. Über Beteiligungen und staatsnahe Unternehmen kontrollieren sie große Teile des Energie-, Infrastruktur- und Telekommunikationssektors. Vor allem im Erdöl- und Erdgasgeschäft gelten die Garden als dominierende Kraft. Internationale Sanktionen haben diese Entwicklung paradoxerweise noch verstärkt: Weil sich viele ausländische Unternehmen aus Iran zurückzogen, konnten Organisationen aus dem Umfeld der IRGC ihre wirtschaftliche Stellung weiter ausbauen.

Auch außenpolitisch ist der Einfluss der Revolutionsgarden kaum zu überschätzen. Die sogenannte Quds-Einheit, zuständig für Auslandseinsätze, gilt als Schlüsselinstrument iranischer Regionalpolitik. Sie koordiniert die Beziehungen zu verbündeten Milizen und politischen Bewegungen im Nahen Osten – darunter die Hisbollah im Libanon, schiitische Gruppen im Irak sowie die Huthis im Jemen. Aus Sicht Teherans dient dieses Netzwerk der strategischen Abschreckung gegen Rivalen wie Saudi-Arabien, Israel und die Vereinigten Staaten. Kritiker sehen darin jedoch eine wesentliche Ursache für die anhaltende Instabilität der Region.

Innenpolitisch verstärkt die Dominanz der IRGC zugleich die autoritären Tendenzen des Staates. Protestbewegungen wie jene nach dem Tod der Kurdin Mahsa Amini im Jahr 2022 wurden mit massiver Härte unterdrückt. Sicherheitskräfte und paramilitärische Verbände gingen entschlossen gegen Demonstranten vor. Viele Beobachter sehen darin ein Zeichen



dafür, dass die Revolutionsgarden nicht nur die äußere Sicherheit garantieren sollen, sondern zunehmend auch als Instrument zur Sicherung der politischen Ordnung fungieren.

Die wachsende Macht der IRGC zeigt, wie stark sich das iranische System in Richtung eines sicherheitsdominierten Staates entwickelt hat. Entscheidungen werden immer häufiger von einem engen Kreis politischer und militärischer Eliten geprägt. Für die internationale Gemeinschaft bleibt damit die Frage offen und unberechenbar, ob Iran auch künftig stärker auf Konfrontation statt in absehbarer Zukunft auch auf Diplomatie auf pragmatische Öffnung setzen wird. Solange die Revolutionsgarden ihre zentrale Stellung behaupten, dürfte der sicherheitspolitische Kurs des Landes jedoch bestimmend bleiben.

---

## **Ebola-Krise zwingt Uganda zu drastischen Maßnahmen**

Die ugandische Regierung hat angesichts des erneuten Ebola-Ausbruchs in der Demokratischen Republik Kongo alle Flüge von und nach dem Nachbarland vorübergehend ausgesetzt. Die Entscheidung erfolgte, nachdem Gesundheitsbehörden bestätigt hatten, dass sich das Virus inzwischen auch auf eine Provinz ausgedehnt hat, die teilweise von bewaffneten Rebellengruppen kontrolliert wird. Damit verschärft sich die Sorge vor einer unkontrollierten Ausbreitung der hochgefährlichen Krankheit in der Region.

Ebola zählt zu den gefährlichsten Infektionskrankheiten weltweit. Das Virus verursacht schweres hämorrhagisches Fieber und weist je nach Virusvariante eine Sterblichkeitsrate von bis zu 90 Prozent auf. Die Krankheit wird durch direkten Kontakt mit Körperflüssigkeiten infizierter Menschen oder Tiere übertragen. Besonders problematisch ist die Ausbreitung in Regionen mit schwacher medizinischer Infrastruktur und eingeschränktem Zugang für Hilfsorganisationen.

Die Demokratische Republik Kongo gehört seit Jahren zu den am stärksten von Ebola betroffenen Ländern Afrikas. Bereits mehrere Epidemien haben dort Tausende Todesopfer gefordert. Die aktuelle Lage gilt jedoch als besonders schwierig, da Teile der betroffenen Provinz von Milizen kontrolliert werden. Internationale Helfer und medizinische Teams können manche Gebiete nur unter erheblichen Sicherheitsrisiken erreichen. Dies erschwert sowohl die Versorgung Erkrankter als auch die Nachverfolgung möglicher Infektionsketten.



Uganda reagiert daher mit äußerster Vorsicht. Das Land verfügt über Erfahrung im Umgang mit Ebola-Ausbrüchen und hat in der Vergangenheit vergleichsweise schnell auf Bedrohungen reagiert. Neben dem vorläufigen Flugstopp wurden die Grenzkontrollen verstärkt, Quarantänemaßnahmen vorbereitet und medizinische Überwachungssysteme entlang wichtiger Verkehrswege aktiviert. Gesundheitsbeamte kontrollieren verstärkt Reisende auf Symptome wie Fieber, Schwäche oder Blutungen.

Auch die internationale Gemeinschaft beobachtet die Entwicklung mit wachsender Aufmerksamkeit. Die Weltgesundheitsorganisation und mehrere Hilfsorganisationen intensivieren ihre Maßnahmen vor Ort. Dazu gehören Impfkampagnen, die Bereitstellung von Schutzmaterial für medizinisches Personal sowie Aufklärungskampagnen in betroffenen Gemeinden. Experten warnen jedoch, dass politische Instabilität und bewaffnete Konflikte den Kampf gegen die Epidemie erheblich erschweren könnten.

Die neuerliche Ebola-Krise verdeutlicht einmal mehr, wie eng Gesundheitspolitik, Sicherheit und staatliche Stabilität miteinander verbunden sind. Ob die eingeleiteten Maßnahmen ausreichen, um eine regionale Ausbreitung des Virus zu verhindern, dürfte sich in den kommenden Wochen entscheiden.

---

## Weitere Nachrichten

- **Exxon** verhandelt über Ölgeschäft in Venezuela.
- Ein bedeutendes buddhistisches Heiligtum in **Japan** wurde durch ein Feuer zerstört.
- In **Berlin** verschärft sich ein regelrechter Kulturkampf um die Nutzung von Autos.
- Flugzeug der **Air France** auf Flug von Paris in die USA wegen Ebola-Furcht nach Kanada umgeleitet.
- **Deutschland** beschuldigt zwei Männer, auf Irans Geheiß jüdische Führer ermorden zu wollen.
- Videoaufnahmen zeigen, wie der **israelische Minister** Itamar Ben-Gvir pro-palästinensische Aktivisten provoziert.
- Neue Bestimmungen in **Mexiko** gegen ausländische Wahlbeeinflussung richten sich möglicherweise gegen die USA.

Christine Macha